

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Brigitte Freihold, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Pascal Meiser, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

US-Militärstützpunkt Ramstein in Deutschland schließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der US-Militärstützpunkt Ramstein, Rheinland-Pfalz, spielt eine zentrale Rolle im Drohnenkrieg der USA. Die USA führen über die Relaisstation in Ramstein einen Großteil ihrer außer-gerichtlichen Tötungen durch Kampfdrohnen durch. In Ländern wie Somalia, Jemen, Afghanistan oder Pakistan kamen durch den Einsatz von Kampfdrohnen bereits Tausende Menschen zu Tode. Viele Frauen, Kinder und alte Menschen sind unter den Toten.

Diese völkerrechtswidrige Praxis von deutschem Boden aus ist mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Die Bundesregierung muss den US-Stützpunkt in Ramstein unverzüglich schließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den USA jegliche Nutzung ihrer Stützpunkte in Deutschland, wie Ramstein, für mögliche militärische Maßnahmen gegen Iran zu verweigern,
2. militärische Bewegungen von und nach Ramstein grundsätzlich zu unterbinden,
3. den US-Stützpunkt in Ramstein zu schließen und jede logistische Unterstützung für die US-Drohnenmorde auszuschließen,
4. sich dafür einzusetzen, dass extralegale Tötungen durch bewaffnete Drohnen weltweit geächtet und gestoppt werden und
5. die Liegenschaft des Militärstützpunktes in ein umfassendes Konversionsprogramm zu überführen, das die Bundesregierung gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz und der ansässigen Zivilbevölkerung entwickelt.

Berlin, den 25. Juni 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

